

Niederschrift
über die 22. Sitzung des Ausschusses für Personal und allgemeine
Verwaltung
am 24.09.2018 in Köln, Landeshaus
- öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Boss, Frank (MdL)
Decker, Ruth
Fenninger, Georg
Giebels, Harald
Kuckelkorn, Günter
Kühlwetter, Joachim
Petrauschke, Hans-Jürgen
Dr. Schlieben, Nils Helge
Zimball, Wolfgang

SPD

Arndt, Denis
Brodrick, Helmut
Krupp, Ute
Schmitz, Hans
Schulz, Ursula
Walter, Karl-Heinz
Wucherpfennig, Brigitte

Vorsitzende

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Klemm, Ralf
Peters, Anna
Rickes, Roland

für Bortlitz-Dickhoff, Johannes

FDP

Effertz, Lars Oliver
Runkler, Hans-Otto

ab TOP 4.1.4

Die Linke.

Zierus, Jürgen

FREIE WÄHLER

Bayer, Udo

Verwaltung:

Limbach, Reiner	Erster Landesrat
Dr. Weniger, Wolfgang	GF LVR-InfoKom
Dannat, Knut	Leiter LVR-FB 14
Frankeser, Karl-Heinz	LVR-InfoKom
Hildebrandt, Andreas	Leiter LVR-FB 11
Krause, Frank	LVR-InfoKom
Mäcke, Verena	Stab GGM
Pagenkopf, Ralf	Leiter LVR-FB 12
Schwamborn, Axel	Leiter LVR-Institut TBE
Beuel, Stefan (Protokoll)	OE 10.10

Sonstige Anwesende

Häger, Hildegard	LVR-FB 12
Herbst, André (bis TOP 16)	LVR-FB 21
Soethout, Guido	Leiter LVR-FB 21
Stöcker, Daniel	Persönlicher Referent ELR
Unkelbach, Ingo	LVR-FB 12

Tagesordnung

A: Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

Öffentliche Sitzung

Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 21. Sitzung vom 02.07.2018
3. Anfragen und Anträge
- 3.1. Darstellung der neu eingerichteten Zahlungsmöglichkeiten **14/30 GRÜNE K**
- 3.2. Beantwortung der Anfrage Nr. 14/30 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
4. Haushalt
- 4.1. Haushaltsanträge
- 4.1.1. Weiterentwicklung der Strukturen und Angebote des Betrieblichen Gesundheitsmanagements im LVR; Haushalt 2019 **14/220 CDU, SPD E**
- 4.1.2. Akquise von Mitarbeitenden mit Behinderung im LVR für die Laufbahngruppe 2, erstes und zweites Einstiegsamt (vormals gehobener und höherer Dienst); Haushalt 2019 **14/221 SPD, CDU E**
- 4.1.3. Ergänzungsantrag zum Antrag 14/221 "Akquise von Mitarbeitenden mit Behinderung im LVR für die Laufbahngruppe 2, erstes und zweites Einstiegsamt (vormals gehobener und höherer Dienst); Haushalt 2019" **14/248 Die Linke. E**
- 4.1.4. Digitalisierung und Mobilität beim LVR; Stellenplan/Haushalt 2019 **14/251 SPD, CDU E**
- 4.2. Haushalt 2019 hier: Zuständigkeiten des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung **14/2645/1 B**
5. Stellenplan
- 5.1. Entwurf Stellenplan 2019 **14/2757/1 B**
- 5.2. Bewirtschaftung neuer Stellen zum Stellenplan 2017 und 2018 **14/2758 K**
6. Wiederwahl der Landesrätin des LVR-Dezernates 8 - Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen **14/2950 E**
7. Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) **14/1786/1 K**
8. Überprüfung der Strukturen, Stellenpläne und Geschäftsprozesse auf Aktualität und Wirksamkeit - Verwaltungsstrukturüberprüfung (VSÜ) **14/2747/1 E**

- | | | |
|-----|---|------------------|
| 9. | Umsetzung des BTHG beim LVR - hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX n.F. sowie Weiterentwicklung der Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (KoKoBe) unter Berücksichtigung von Peer Counseling | 14/2893 E |
| 10. | Konzept LVR-Kulturzentrum Abtei Brauweiler; hier: Evaluation Phase 1 sowie Darstellung der weiteren Entwicklungsschritte | 14/2602 E |
| 11. | Informationen des LVR-Inklusionsamtes zu den Wahlen der Schwerbehindertenvertretung 2018 | 14/2841 K |
| 12. | Bericht über die Maßnahmenumsetzung zur Optimierung des regionalen Lebensmitteleinkaufs | 14/2703 K |
| 13. | Beschlusskontrolle | |
| 14. | Verschiedenes | |

B: Betriebsausschuss LVR-InfoKom

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 15. | Wirtschaftsplanentwurf 2019 sowie Veränderungsnachweis zum Wirtschaftsplanentwurf von LVR-InfoKom | 14/2680/1 E |
| 16. | Verschiedenes | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-------|--|------------------|
| 17. | Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2017 von LVR-InfoKom | 14/2912 K |
| 18. | Lagebericht 2017 von LVR-InfoKom | 14/2804 K |
| 19. | Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2018 von LVR-InfoKom | 14/2911 B |
| 20. | Zweiter Quartalsbericht 2018 von LVR-InfoKom | 14/2909 K |
| 21. | Vergabeangelegenheiten | |
| 21.1. | Übersicht der Vergaben von LVR-InfoKom ab einer Summe von 10.000 EUR für den Zeitraum vom 25.05.2018 bis 08.08.2018 | 14/2817 B |
| 21.2. | Geplante Vergaben über Liefer- und Dienstleistungen sowie Aufträgen für freiberufliche Leistungen bei einem Vergabewert von mehr als 300.000 EUR | 14/2948 B |
| 22. | Verschiedenes | |

C: Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung

- | | | |
|-----|---|--|
| 23. | Niederschrift über die 21. Sitzung vom 02.07.2018 | |
|-----|---|--|

- 24. Anfragen und Anträge
- 25. Reorganisation der HPH-Netze zu einem wie-Eigenbetrieb **14/2724 E**
 geführten Unternehmen,
 Widerruf der Verselbständigungserklärung nach § 1 Abs. 3
 LPVG für die LVR-HPH-Netze Ost und West
- 26. Personalmaßnahmen
- 26.1. Besetzung der Leitung des LVR-Institutes für Landeskunde **14/2951 E**
 und Regionalgeschichte
- 26.2. Personalmaßnahmen **14/2938 B**
 hier: Zuständigkeit des Ausschusses für Personal und
 allgemeine Verwaltung
- 26.3. Personalmaßnahmen **14/2939 E**
 hier: Zuständigkeit des Landschaftsausschusses
- 27. Beschlusskontrolle
- 28. Verschiedenes

D: Betriebsausschuss LVR-InfoKom

Öffentliche Sitzung

- 29. Jahresabschluss 2017 von LVR-InfoKom **14/2802 B**

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:45 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	11:30 Uhr
Ende der Sitzung:	11:30 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Herr Boss verweist auf den auf den Tischen ausgelegten Antrag Nr. 14/251 CDU, SPD zum Haushalt 2019 und regt an, diesen als neuen TOP 4.1.4 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Nach kurzer Diskussion stellt die **Vorsitzendende** Einvernehmen im Gremium fest, so zu verfahren und diesen Antrag, so wie alle Anträge zum Haushalt, ohne Beratung und Beschlussfassung in den Landschaftsausschuss zu verweisen.

Punkt 2

Niederschrift über die 21. Sitzung vom 02.07.2018

Gegen die Niederschrift bestehen keine Bedenken.

Punkt 3

Anfragen und Anträge

Punkt 3.1

Darstellung der neu eingerichteten Zahlungsmöglichkeiten

Anfrage 14/30 GRÜNE

Es wird auf die Ausführungen zu TOP 3.2 verwiesen.

Punkt 3.2

Beantwortung der Anfrage Nr. 14/30 der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Bevor **Herr Limbach** auf die o. a. Anfrage zu den eingerichteten Zahlungsmöglichkeiten eingeht, verweist er kurz auf die wesentlichen Inhalte der schriftlichen Antwort der Verwaltung zum Thema sachgrundlose Befristungen vom 29.08.2018.

Zu der o. a. Anfrage führt er aus, dass die Zahl der 600er-Zahlungsmöglichkeiten 188 und die Zahl der 700er-Zahlungsmöglichkeiten 82 betrage (Stand 09/2018). Zu den Details verweist er auf die schriftlichen Beantwortung der Anfrage, die in Kürze erfolge (erfolgte mit Schreiben vom 26.09.2018).

Punkt 4

Haushalt

Punkt 4.1

Haushaltsanträge

Punkt 4.1.1

Weiterentwicklung der Strukturen und Angebote des Betrieblichen

Gesundheitsmanagements im LVR;

Haushalt 2019

Antrag 14/220 CDU, SPD

Herr Boss erläutert, dass der Antrag darauf abziele, der bereits intensiven Arbeit im Bereich des Betrieblichen Gesundheitsmanagements einen noch größeren Stellenwert einzuräumen und den LVR noch stärker als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren.

Der Antrag wird einvernehmlich ohne Beratung und Votum in den Landschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 4.1.2

Akquise von Mitarbeitenden mit Behinderung im LVR für die Laufbahngruppe 2, erstes und zweites Einstiegsamt (vormals gehobener und höherer Dienst); Haushalt 2019
Antrag 14/221 SPD, CDU

Frau Wucherpennig betont, dass der LVR bereits eine große Zahl schwerbehinderter Menschen beschäftige, im Bereich der Laufbahngruppe 2, erstes und zweites Einstiegsamt oder vergleichbarer Entgeltgruppen, aber nach Nachholbedarf bestehe. So gelte es z. B., schwerbehinderte Menschen auch ins Trainee-Programm einzubeziehen.

Der Antrag wird einvernehmlich ohne Beratung und Votum in den Landschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 4.1.3

Ergänzungsantrag zum Antrag 14/221 "Akquise von Mitarbeitenden mit Behinderung im LVR für die Laufbahngruppe 2, erstes und zweites Einstiegsamt (vormals gehobener und höherer Dienst); Haushalt 2019"
Antrag 14/248 Die Linke.

Herr Zierus erklärt, dass die Fraktion Die Linke. den Antrag 14/221 SPD, CDU ausdrücklich unterstütze, aber Akademikerinnen und Akademiker mit Behinderungen einbeziehen wolle.

Der Ergänzungsantrag wird einvernehmlich ohne Beratung und Votum in den Landschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 4.1.4

Digitalisierung und Mobilität beim LVR; Stellenplan/Haushalt 2019
Antrag 14/251 SPD, CDU

Wie unter TOP 1 einvernehmlich vereinbart, wird der o. a. Antrag als neuer TOP 4.1.4 in die Tagesordnung aufgenommen.

Herr Boss erklärt, dass der Antrag auf die Einrichtung eines neuen Dezernates mit den Aufgabenschwerpunkten Digitalisierung, Mobilität und technische Innovation abziele. In einer sich rasant verändernden Welt gelte es, schnell auf neue Gegebenheiten zu reagieren, um am Ende nicht abgehängt zu werden. Der LVR solle in den genannten Aufgabenfeldern, ähnlich wie im Fall des NKF, eine Vorreiterrolle in der kommunalen Familie übernehmen. Dazu müssten entsprechende organisatorische Strukturen geschaffen werden und es sei Fachwissen erforderlich. Die Aufgabe durchdringe letztlich alle Bereiche des LVR und müsse sich auch in der technischen Infrastruktur niederschlagen. Der Aufgabenschwerpunkt Mobilität sei im umfassenden Sinne zu verstehen und beinhalte auch das Thema mobiles Arbeiten.

Der Antrag wird einvernehmlich ohne Beratung und Votum in den Landschaftsausschuss verwiesen.

Punkt 4.2

Haushalt 2019

hier: Zuständigkeiten des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung Vorlage 14/2645/1

Herr Klemm teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht an der Abstimmung teilnehmen werde, weil über die Haushaltsanträge seiner Fraktion bislang nicht beraten worden sei.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst einstimmig - bei Nichtteilnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an der Abstimmung - folgenden Beschluss:

"1) Dem Entwurf des Haushaltes 2019 für die Produktgruppen 067, 068 und 072 im Produktbereich 01 wird gemäß Vorlage 14/2645/1 zugestimmt.

2) Dem Entwurf des Haushaltes 2019 einschließlich des Veränderungsnachweises der Produktgruppen 070, 071 und 084 im Produktbereich 01 wird gemäß Vorlage 14/2645/1 zugestimmt."

Punkt 5

Stellenplan

Punkt 5.1

Entwurf Stellenplan 2019

Vorlage 14/2757/1

Herr Klemm teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht an der Abstimmung teilnehmen werde, weil über die Haushaltsanträge seiner Fraktion bislang nicht beraten worden sei.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** - bei Nichtteilnahme der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an der Abstimmung - folgenden Beschluss:

"Der Ausschuss stimmt dem Entwurf Stellenplan für das Jahr 2019 zu."

Punkt 5.2

Bewirtschaftung neuer Stellen zum Stellenplan 2017 und 2018

Vorlage 14/2758

Zu diesem TOP gibt es keine Anmerkungen.

"Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung nimmt die zum Thema Bewirtschaftung neuer Stellen zum Stellenplan 2017 und 2018 erstellte Vorlage Nr. 14/2758 zur Kenntnis."

Punkt 6

Wiederwahl der Landesrätin des LVR-Dezernates 8 - Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen Vorlage 14/2950

Nach kurzer Beratung fasst der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

"Frau Landesrätin (B 5) Martina Wenzel-Jankowski wird mit Wirkung vom 10.03.2019 unter Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren zur Landesrätin des LVR-Dezernates 8 - Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen - wiedergewählt und erhält zum 10.03.2019 - frühestens jedoch mit Inkrafttreten des Haushaltes für das Haushaltsjahr 2019 - gemäß § 4 Abs. 3 der Eingruppierungsverordnung (EingrVO) Bezüge der Besoldungsgruppe B 6 LBesO zuzüglicher höchstzulässiger Aufwandsentschädigung. Ihr ist der Geschäftsbereich Leitung des LVR-Dezernates 8 - Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen - übertragen. Eine Änderung des Geschäftsbereiches ist jederzeit möglich."

Punkt 7

Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) Vorlage 14/1786/1

Herr Limbach weist darauf hin, dass die Vorlage dem Ausschuss aufgrund seines ausdrücklichen Wunsches in der letzten Sitzung vorgelegt werde.

"Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen (PsychVVG) wird gemäß Vorlage Nr. 14/1786/1 zur Kenntnis genommen."

Punkt 8

Überprüfung der Strukturen, Stellenpläne und Geschäftsprozesse auf Aktualität und Wirksamkeit - Verwaltungsstrukturüberprüfung (VSÜ) Vorlage 14/2747/1

Frau Wucherpfennig lobt die hervorragende Arbeit der Verwaltung im Kontext dieser Vorlage, die auf den Antrag 14/140 der Fraktionen von CDU und SPD ("Haushaltsbegleitbeschluss") aus dem Jahr 2016 zurückgehe.

Herr Klemm schließt sich dem Lob an, vertritt aber die Auffassung, dass die Überprüfung der Verwaltungsstrukturen ein Geschäft der laufenden Verwaltung sei und es sich dabei um einen dauerhaften Prozess handle. *Deshalb beantrage er für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage lediglich zur Kenntnis zu nehmen und keinen empfehlenden Beschluss zu fassen.* Zudem stelle sich die Frage möglicher Einsparpotentiale bzw. Stellenplanveränderungen. Konkret weist er auf den zu begrüßenden Wegfall von zwei Stellen zur Verhandlungsoptimierung im Dezernat 0 hin, die bei genauerer Betrachtung nunmehr - weiterhin angebunden in Dezernat 0 - für die IT-Gesamtsteuerung im LVR genutzt werden sollen. Herr Klemm bittet um Erläuterung, wie diese Entscheidung mit der beantragten Einrichtung eines neuen Dezernates (siehe Antrag 14/251 CDU, SPD bzw. TOP 4.1.4) zusammenpasse, das als einen Aufgabenschwerpunkt die IT-Steuerung übernehmen solle.

Herr Boss vermag die Haltung von Herrn Klemm nicht zu teilen. Man wolle ganz bewusst

einen Beitrag zur Konsolidierung liefern, sprich ein politisches Signal senden. Man müsse und wolle die Weiterentwicklung der Strukturen des LVR begleiten. Aus diesem Selbstverständnis heraus müsse die politische Vertretung die Vorlage nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch beschließen. Herr Boss erklärt, dass die von Herrn Klemm angesprochenen IT-Fragen in die Überlegungen zur Einrichtung eines neuen Dezernates einbezogen würden.

Mit Blick auf die Auswirkungen für künftige Haushalts- und Stellenpläne hält **Herr Runkler** die Zielsetzung der Vorlage, nämlich die politische Vertretung im Wege eines empfehlenden Beschlusses einzubeziehen, für den richtigen Weg.

Herr Limbach bestätigt, dass es sich bei dem Thema Verwaltungsstrukturreform um einen dauerhaften Prozess handle. Beispielhaft verweist er auf die anstehenden, auch organisatorischen Auswirkungen des AG-BTHG. Er erklärt, dass Auswirkungen auf den Stellenplan in der Regel keinen absenkenden Einfluss hätten. Zu der weiteren Frage von Herrn Klemm führt Herr Limbach aus, dass eine Überprüfung der IT-Gesamtsteuerung ergeben habe, dass LVR-InfoKom sowohl richtigerweise Auftragnehmer als auch zum Teil fälschlicherweise Auftraggeber sei. Diese Unschärfe gelte es aufzulösen, was Grund für die Einrichtung der beiden Stellen für IT-Steuerung sei. Dazu vorhandene Stellen, die nicht mehr benötigt werden, umzuwidmen, sei übliches Vorgehen.

1. Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage lediglich zur Kenntnis zu nehmen und keinen empfehlenden Beschluss zu fassen, mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke ab.

2. Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig**, bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke, folgenden empfehlenden Beschluss:

"Die Ergebnisse der umfassenden Verwaltungsstrukturüberprüfung werden gemäß Vorlage Nr. 14/2747/1 als Grundlage für eine bürgernahe, flexible und moderne Verwaltung bestätigt."

Punkt 9

Umsetzung des BTHG beim LVR - hier: Aufbau von Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX n.F. sowie Weiterentwicklung der Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen (KoKoBe) unter Berücksichtigung von Peer Counseling Vorlage 14/2893

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"1. Die Umsetzung eines regional verankerten Angebots der Beratung und Unterstützung nach

§ 106 SGB IX n.F. durch den Träger der Eingliederungshilfe sowie die Weiterentwicklung der KoKoBe und die Berücksichtigung von Peer Counseling wird, wie in der Vorlage ausgeführt, beschlossen.

2. Im Gesamtplan- bzw. Teilhabeplanverfahren nach dem BTHG übernehmen zukünftig ab 2020 LVR-eigene Mitarbeitende (Erst- und Folgeanträge) die Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung.

3. Für den Personenkreis der erwachsenen Menschen mit Behinderungen wird das Modell der kooperativen Bedarfsermittlung mit Mitarbeitenden der Leistungsanbieter/Freien Wohlfahrtspflege weiterentwickelt, so dass die Bedarfserhebung bei Erstanträgen

mittelfristig und bei ausreichenden Personalressourcen durch Mitarbeitende des LVR erfolgt. Die Bedarfserhebung bei Folgeanträgen wird weiterhin durch die Leistungsanbieter durchgeführt.

4. Das Beratungsangebot Peer Counseling wird im Jahr 2019 in Kooperation mit den regionalen KoKoBe fortgesetzt, um den Übergang bis zum Aufbau des Angebots „Beratung und Unterstützung“ nach § 106 SGB IX n.F. ab dem 01.01.2020 zu gestalten. Die regionalen KoKoBe werden damit beauftragt, das Peerangebot in ihr Beratungsangebot aufzunehmen und die Peerberaterinnen und -berater unter Nutzung der Erfahrungen aus den Modellprojekten zu unterstützen. Die hierzu erforderlichen finanziellen Mittel werden zur Verfügung gestellt."

Punkt 10

Konzept LVR-Kulturzentrum Abtei Brauweiler;

hier: Evaluation Phase 1 sowie Darstellung der weiteren Entwicklungsschritte Vorlage 14/2602

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** ohne Aussprache folgenden empfehlenden Beschluss:

"1. Der Sachstand zum Konzept des LVR-Kulturzentrums Abtei Brauweiler wird gemäß Vorlage Nr. 14/2602 zur Kenntnis genommen.

2. Der Fortführung der bereits beschlossenen Maßnahmen der Phase 1 sowie der Umsetzung der in der Vorlage 14/2602 dargestellten Maßnahmen der Phase 2 wird zugestimmt.

3. Die aufgrund der Fortführung der in Phase 1 begonnenen Maßnahmen entstehenden Sachaufwendungen sowie Mehrerträge im Jahr 2019 fließen in den Veränderungsnachweis zum Haushaltsplan 2019 ein. Die zusätzlichen Personalaufwendungen werden im Personalkostenbudget für 2019 berücksichtigt.

4. Die zusätzliche Veranschlagung der finanziellen Auswirkungen gemäß Phase 2 in den Haushaltsjahren 2020 ff. sowie die unter Ziffer VI. 3. der Begründung beschriebenen zusätzlichen Stellen fließen in die Haushalts- und Stellenplanberatungen 2020/2021 ein."

Punkt 11

Informationen des LVR-Inklusionsamtes zu den Wahlen der Schwerbehindertenvertretung 2018

Vorlage 14/2841

Zu diesem TOP gibt es keine Anmerkungen.

"Die Informationen des LVR-Inklusionsamtes zu den Wahlen der Schwerbehindertenvertretung 2018 werden gemäß der Vorlage 14/2841 zur Kenntnis genommen."

Punkt 12

Bericht über die Maßnahmenumsetzung zur Optimierung des regionalen Lebensmitteleinkaufs

Vorlage 14/2703

Auf Nachfrage von **Herrn Klemm** teilt **Herr Hildebrandt** mit, dass die Prüfung des

verstärkten Einsatzes von Fair-Trade-Produkten laufe und hierzu, sowie zu der Frage der sog. Bioquote der LVR-Kliniken, eine schriftliche Antwort erfolge.

"Der Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen und die damit verbundenen Erfahrungen in Bezug zur Vorlage 14/788 zur Optimierung des regionalen Lebensmitteleinkaufs unter Einbeziehung von Bioprodukten der Region und Fairtrade-Produkten wird gemäß Vorlage Nr. 14/2703 zur Kenntnis genommen."

Punkt 13 **Beschlusskontrolle**

Zu diesem TOP gibt es keine Anmerkungen.

Punkt 14 **Verschiedenes**

Herr Limbach kündigt für die nächste Sitzung des Ausschusses für Personal und allgemeine Verwaltung am 10.12.2018 eine Vorlage rund um das Thema Erprobung von Zeitwertkonten an und berichtet über den aktuellen Diskussionsstand mit der Landesregierung.

Auf Nachfrage von **Herrn Klemm** erläutert **Herr Limbach**, dass die Einführung des Modells "Job-Rad" beim LVR an rechtlichen Hürden und dem Widerstand der Gewerkschaften gegen ein Vorgehen mit dem Modell der Entgeltumwandlung scheitere. Deshalb liefen auch die beim LVR praktizierten Pilotmodelle aus. Auf Bitten von Herrn Klemm sagt Herr Limbach zu, über eventuelle Fortschritte zu gegebener Zeit zu berichten.

Herr Boss regt in diesem Zusammenhang an, die kommunalen Spitzenverbänden einzubeziehen.

Punkt 15 **Wirtschaftsplanentwurf 2019 sowie Veränderungsnachweis zum Wirtschaftsplanentwurf von LVR-InfoKom Vorlage 14/2680/1**

Herr Limbach weist zu diesem TOP sowie zu TOP 20 der Sitzung auf die aktuell schwierige finanzielle Situation von LVR-InfoKom hin. Als eine Maßnahme zur Gegensteuerung erfolge eine Untersuchung der Organisation und Prozesse von LVR-InfoKom durch das Team Inhouse-Consulting des LVR-FB 12. Weiterhin würden die vom Beteiligungsmanagement des LVR-FB 21 aufgezeigten Auflagen und Maßnahmen mit dem Ziel der Konsolidierung intensiv bearbeitet. Über die aktuelle Situation seien die Mitarbeitenden von LVR-InfoKom in einer Sonderbetriebsversammlung am 20.09.2018 informiert worden.

Herr Dr. Weniger ergänzt, dass der zweite Quartalsbericht 2018 Defizite und Planungsfehler transparent gemacht habe. So seien zum Teil zu hohe Erlöse einkalkuliert worden und die Personalausgaben seien höher ausgefallen als angenommen. Die quartalsweise Prognose sei zeit- und personalintensiv. Hier gelte es den Hebel anzusetzen, folgende Sofortmaßnahmen seien aufgesetzt worden:

- Bei erkennbaren Schief lagen werden Prognosedaten sofort an die Geschäftsführung gemeldet.
- Die Quartalsberichte werden durch monatliche Kurzberichte ergänzt.
- Stellenbesetzungen erfolgen nur bei absoluter Dringlichkeit, gleiches gilt für den

- Einkauf von externen Dienstleistungen.
- Alle relevanten Kostenarten und Erlöse werden intensiv betrachtet. Dabei wird das gesamte "Unternehmen" einbezogen, um das vorhandene Know-How zu nutzen.

Herr Limbach und Herr Dr. Weniger sagen zu, den Kurs der Transparenz gegenüber allen Beteiligten fortzusetzen. So werde der Betriebsausschuss über den weiteren Fortgang im Wege einer Vorlage in der kommenden Sitzung am 10.12.2018 informiert. Dabei würden nicht nur Konsolidierungsmaßnahmen dargestellt, sondern auch ein Konzept präsentiert, wie Fehler künftig vermieden werden sollen. In diesem Zusammenhang werde auch auf die Inhalte des Schreibens des Beteiligungsmanagements eingegangen.

Der eingeschlagene Weg der Transparenz wird fraktionsübergreifend gelobt und eine enge Begleitung durch den Ausschuss gewünscht. Trotz der aktuellen Fehler stehe die insgesamt gute Arbeit von LVR-InfoKom und seiner Mitarbeitenden außer Frage.

Herr Limbach und Herr Dr. Weniger bedanken sich für dieses positive Signal und erklären in diesem Zusammenhang, dass man in der o. a. Sonderbetriebsversammlung erklärt habe, dass es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommen werde.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

"1. Der Wirtschaftsplanentwurf LVR-InfoKom für das Jahr 2019 einschließlich des Kassenkreditrahmens und der Verpflichtungsermächtigungen sowie der Veränderungsnachweise zum Erfolgs- und Investitionsplan wird in der Fassung der Vorlage Nr. 14/2680/1 festgestellt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Wirtschaftsplanentwurf 2019 bis zur Drucklegung noch an die aktuelle Entwicklung anzupassen und ggf. erforderliche Änderungen ohne Einzelaufführung im Veränderungsnachweis bei der Drucklegung des endgültigen Wirtschaftsplanes vorzunehmen, soweit diese keine Auswirkungen auf das ausgewiesene Ergebnis haben."

Punkt 16 **Verschiedenes**

Zu diesem TOP gibt es keine Anmerkungen.

Punkt 29 **Jahresabschluss 2017 von LVR-InfoKom** **Vorlage 14/2802**

Auf die Ausführungen zu TOP 17 wird verwiesen, weitere Anmerkungen gibt es nicht.

Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

"1. Der Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung als Betriebsausschuss von LVR-InfoKom nimmt den Jahresabschluss 2017 von LVR-InfoKom gem. Vorlage Nr. 14/2802 zur Kenntnis.

2. Er empfiehlt dem Landschaftsausschuss, den Jahresabschluss an die Landschaftsversammlung mit folgender Beschlussempfehlung weiterzuleiten:

2.1 Die Landschaftsversammlung stellt den Jahresabschluss 2017 von LVR-InfoKom fest.

2.2 Der Bilanzverlust zum 31.12.2017 in Höhe von 998.652,49 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Der Betriebsleitung des Betriebes LVR-InfoKom wird gemäß § 7 Abs. 2 Ziffer 9 der Betriebssatzung Entlastung erteilt."

Wuppertal, den 20.10.2018

Köln, den 28.09.2018

Köln, den 15.10.2018

Mit freundlichen Grüßen
Die Vorsitzende

Die Direktorin des
Landschaftsverbandes
Rheinland
In Vertretung

Betriebsleitung
LVR-InfoKom

Schulz

Limbach

Dr. Weniger